

Calmer Calwblatt

Nr. 97.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die halbpaltige Seite 20 Bfg., die volle Seite 40 Bfg. — Sonntags- und Feiertagsausgaben 50 Bfg. — Sonntags- und Feiertagsausgaben 50 Bfg.

Montag den 28. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtposten M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarsbezirk M. 2.75, im Fernverkehr M. 2.85, Beleggeld 10 Bfg.

Zur inneren und äußeren Lage.

In Nürnberg haben die Kommunisten einen Schlag zur Erregung der Herrschaft und zur Ausrufung der Räterepublik zu fassen versucht. Aber das Generalkommando zog im geeigneten Augenblick eine so starke militärische Macht heran, daß die Spartakisten selbst mit der Möglichkeit eines Sieges nicht mehr rechnen konnten. Es wurden aber von einer bewaffneten Menge bürgerliche Geiseln festgenommen, eine Radfahrer- und Maschinengewehr-Abteilung wurde von der verheerenden Menge angegriffen und mehrere junge Freiwillige wurden ihrer Waffen und Fahrräder beraubt, sowie durch Messerschläge und Schüsse verletzt. Es ist eben immer wieder die alte Geschichte; die Sicherheits-Kompagnien haben Befehl, nur im äußersten Fall von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Bis die Führer dann aber diesen äußersten Fall für gekommen erachten, hat die Menge, die meistens aus Rowdies besteht, schon die Sauberpolitik ausgenützt, um ihrerseits zum Angriff überzugehen. In Augsburg herrscht zur Zeit Ruhe. Die württembergischen Truppen wurden zurückgezogen, nachdem sich dort eine Bürgerwehr gebildet hat. Bezüglich Münchens scheinen die Verhältnisse sich noch nicht geändert zu haben. Die Regierungstruppen ziehen den Gürtel um die Stadt immer enger. Aber die Regierung scheint doch noch die Hoffnung zu haben, daß auf dem Wege der Verhandlungen etwas zu erreichen ist. Sie rechnet dabei auf die Mehrheitssozialisten, die noch einen starken Anhang in München haben, der aber von den Spartakisten zur Zeit vergewaltigt wird. Ueber das rechtsrheinische bayerische Gebiet wurde das Standrecht verhängt. In den oberbayerischen Kohlenbezirken sind die Arbeiter ebenfalls in den Ausstand getreten. Sie haben außerdem führende Betriebs- und technische Beamte willkürlich abgelehrt. Verlangt wird die Auflösung der östlichen Schutzwehr gegen die Polen, die diese Maßnahmen freudig begrüßen. Nebenbei läßt man durch die Strelks in den Kohlengebieten das deutsche Wirtschaftsleben zusammenbrechen.

Wie anders verhalten sich demgegenüber die Arbeiter der Entente. Wie schlau haben die französischen Sozialisten die deutschen in Bern zu einem Schuldgeständnis getrieben, wodurch man die kommenden Wiedergutmachungsforderungen so hübsch rechtfertigen konnte, und auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam bemühte sich der frühere Arbeitsminister Henderson den Deutschen klar zu machen, daß es für sie besser sei, einen unbefriedigenden Frieden anzunehmen, als durch Ablehnung der Friedensbedingungen einen Zustand heranzubefürchten, dessen Wirkung sich nicht absehen lasse. Henderson begründete seine Auffassung damit, daß in den Ententeländern immer noch großes Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der demokratischen Umkehr in Deutschland herrsche. Man finde es merkwürdig, daß in der deutschen Friedensdelegation die Mehrheitssozialisten so schwach und die Unabhängigen gar nicht vertreten seien, woraus geschlossen werde, daß der Einfluß der Sozialisten in Deutschland tatsächlich nicht so einschlagend sei wie behauptet werde. Mit der raschen Unterzeichnung des Friedensvertrags würde den Ententearbeitern eine wirksame Waffe für eine energische Aktion zugunsten Deutschlands in die Hand gegeben. Man muß sagen, verflucht schlau ist dieser englische Arbeiterführer. Die Entente braucht einen schnellen Friedensschluß, sie möchte aber auch zugleich Deutschland für immer abzutun. Mit den Sozialisten und namentlich mit den Unabhängigen hofft sie aber am besten fertig zu werden, und deshalb will man unsere Sozialisten jetzt aufreizen. Wir möchten aber Herrn Henderson fragen, welche Führer die Ententesozialisten und gar die Radikalen bei der Feststellung der Friedensbedingungen gestellt haben. Bei der Entente war und ist der ausgesprochene Erbfeind und Unterdrückungswille von jeher und bis auf den heutigen Tag für alle Handlungen maßgebend gewesen, der dumme deutsche Mittelstand soll sich einen Gewaltfrieden aufzwingen lassen, und sich dann auf die Ententesozialisten verlassen, die die Kriegsschuldigungen und kolonialen Erweiterungen für ihre Länder nicht so ungern sehen. Mit Recht wird zu dieser mephistophelischen Erklärung des englischen Arbeiterführers von berufener deutscher Seite erklärt, in Deutschland würde man zwar nichts lieber tun als schnell Frieden schließen, aber gewichtige Tatsachen würden Deutschland bestimmen, sich dem Wohlwollen seiner Gegner nicht eher anzuvertrauen, als bis der Friedensvertrag die Gewissheit gebe, daß es das tun könne. Diese Tatsachen aber sind der unentwegte Vernichtungswille der Entente, der sich in allen Kundgebungen zeigt, die bisher von dieser Seite über die Friedensbedingungen bekannt geworden sind. Befreiung des linken Rheinufers, Abtretung von lebenswichtigen Provinzen im Osten mit drei Millionen Deutschen, Abtretung von Deutschbaltik, Schädigung der Deutschösterreicher in Böhmen, Wegnahme der deutschen Kolonien, dauernde Beaufsichtigung des deutschen Heeres usw., das sind die Kennzeichen des Friedens, dem man unter Bruch der Waffenstillstandsbedingungen aus aufzwingen will. Einen solchen Frieden

werden wir aber nicht unterzeichnen, und unsere Feinde damit in noch größere Schwierigkeiten bringen, als wir sie haben. Das werden sie sich zu überlegen haben. O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Deutschland soll keine Kolonien erhalten.

Paris, 28. April. Nach dem diplomatischen Situationsbericht beschloßen der amerikanische, der britische, französische und der japanische Minister des Aeußern grundsätzlich, daß Deutschland alle seine Kolonien aufgeben müsse. In der Frage des Luftverkehrs wurde beschlossen, daß die alliierten Flieger bei Gewährung von Gegenseitigkeit das Recht haben sollen, deutsches Gebiet zu überfliegen.

Paris, 28. April. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben beschloßen, provisorisch in die Friedenspräliminarien nur die Bestimmung aufzunehmen, daß Deutschland auf seine früheren Kolonien verzichtet. Die Frage der Verteilung und der Bestimmung der Kolonien solle den weiteren Beratungen vorbehalten werden.

Die Franzosen wollen das linke Rheinufer besetzt halten.

Bern, 28. April. Der „Matin“ veröffentlicht in Ergänzung der Ausführungen Fochs im Ministerrat die Auffassung des alliierten Oberkommandos über das Regime auf dem linken Rheinufer. Danach muß Frankreich sich gegen die Wiederkehr von neuen Angriffen schützen und muß sich bis zum letzten Centime bezahlen lassen. Solange müsse das linke Rheinufer besetzt bleiben. Habe Deutschland voll bezahlt, so sollten die Alliierten beschließen, ob das Besatzungsheer vermindert beibehalten oder aufgehoben werden solle. Der Militärdienst werde in Frankreich auf ein Jahr festgesetzt und 10 000 Franzosen würden in den rheinischen Bezirken in den wundervollen deutschen Kasernen liegen.

Von der Pariser Konferenz.

Paris, 26. April. Das Echo de Paris bestätigt, daß die Konferenz von Versailles alsbald nach der Ankunft der deutschen Bevollmächtigten beginnen wird. Man werde innerhalb 48 Stunden wissen, ob die Deutschen unterzeichnen, oder nicht.

Paris, 26. April. Petit Parisien meldet, die italienische Abordnung werde sich am 28. April dem italienischen Parlament vorstellen. Wie immer die Sitzung des Parlaments verlaufen werde, Orlando und seine Mitarbeiter würden unverzüglich nach Paris zurückkehren. Die italienische Delegation werde am 1. Mai vollzählig wieder in Versailles sein. Der Matin berichtet, daß auch Japan sich von der Konferenz zurückziehen werde, wenn seinen Wünschen nicht entsprochen werden sollte. Japan glaube, falls der Grundsatz von der Gleichberechtigung der Rassen nicht in die Völker-Charta aufgenommen werde, dem Völkerbund nicht beitreten zu können. Der Washingtoner Vertreter des Echo de Paris meldet, die amerikanische Regierung wolle verhindern, daß Japan im Besitz von Kiautschou bleibe.

Eine Protestnote gegen die polnische Annahme.

Berlin, 26. April. Am 26. April ließ der Reichsminister Erzberger folgende an Marschall Foch gerichtete Note dem französischen Vorsitzenden in Spaas überreichen: General Haller, der Führer der polnischen Divisionen, welchen durch das Spaas-Abkommen vom 4. April 1919 der Durchzug durch deutsches Gebiet gewährt worden ist, nahm am Ostermontag den 20. April in Krotoschin (auf deutschem Gebiet innerhalb des deutschen Reiches gelegen), während der Durchreise die Parade über die dortigen polnischen Truppen ab. Dabei gab er nach dem „Dziennik Posaunski“ folgende Erklärung ab: Was Danzig anlangt, so gibt es nur einen Standpunkt: Danzig gehört Polen und muß polnisch werden. Was Schlesien und Westpreußen angeht, so muß man diesen Teilgebieten zu Hilfe kommen. Wenn diese Länder einen Status bekommen, wie heute das Großherzogtum Posen, dann würde diese Frage schnell geregelt sein. Durch diese Kundgebung hat sich General Haller eine schwere Verletzung des Spaas-Abkommens vom 4. April 1919 zu Schulden kommen lassen. In diesem Abkommen ist seitens der Alliierten zugesagt worden, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch Deutschland befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Der Führer dieser Truppen, General Haller, hat aber durch seine Ansprache auf deutschem Gebiete hiergegen verstoßen. In dem Schlusssatz hat er die polnischen Truppen und die polnisch sprechende Bevölkerung direkt zum Aufstand gegen die deutsche Regierung aufgereizt, indem er für Schlesien, Ost- und Westpreußen denselben Zustand der Empörung gegen die deutsche Regierung fordert, wie er im Dezember 1918 in Posen eingetreten ist. Hierdurch wird Unruhe sowohl in der deutschen, wie in der polnischen Bevölkerung hervorgerufen. Gegen diesen Verstoß gegen das Spaas-Abkommen lege ich hierdurch nachdrücklichen Protest ein mit dem Ersuchen an Herrn Marschall Foch, den ihm unterstellten General Haller auf das Ungehörige seines Verhaltens hinweisen zu wollen.

Empfindende Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch die Franzosen.

Berlin, 27. April. Am 11. 11. 1918 wurden die in der Gegend von Beaumont befindlichen Kriegsgefangenen gefammelt und in die Gegend von Beaumont bei Verdun verbracht. Dabei nahm ihnen der französische Transportführer namens Fichu sämtliche Wertsachen ab, die sie nicht zurück erhielten. Die Unterbringung bei Beaumont bestand bis vor kurzem nur in Zelten. Die Ausstattung mit Kleidungsstücken ist sehr schlecht. Die Verpflegung besteht aus Brot und Suppe. Sämtliche Kriegsgefangenen sind daher stark abgemagert und geschwächt. Sie sind in zwei Abteilungen geteilt. Die erste besteht aus Offizieren und höheren Unteroffizieren. Sie wird bei Ausräumungsarbeiten beschäftigt. Die zweite Abteilung besteht aus Mannschaften und wird zum Ausgraben und Abtransportieren von Blindgängern verwendet, wobei täglich mehrere von ihnen getötet oder verwundet wurden. Die Mannschaften werden oft mit der Peitsche geschlagen. Für die Art ihrer Behandlung ist bezeichnend, daß der Unteroffizier Bäuerle vom Infanterie-Regiment 169 dem französischen Unteroffizier Ferro 14 Tage lang bei jedem Appell die Hand küssen mußte. Auch andere Kriegsgefangene sind dazu gezwungen worden. Die deutsche Regierung hat bei der französischen Regierung den schärfsten Protest gegen die Zustände in Beaumont eingelegt und sofortige durchgreifende Abhilfe gefordert. Vor allem anderen muß Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß die französische Regierung, entgegen den völkerrechtlichen Bestimmungen, es wagt, selbst Offiziere und höhere Unteroffiziere zu körperlichen Arbeiten heranzuziehen.

Die deutsche Friedensabordnung.

(RTB.) Berlin, 26. April. Die Liste der Mitglieder der voraussichtlich am 27. und 28. April von Berlin nach Versailles abreisenden deutschen Friedensdelegation ist nunmehr fertig gestellt, und der französischen Regierung notifiziert worden. Außer den eigentlichen 6 Friedensdelegierten, nämlich den Reichsministern Grafen Brodorff-Rangau, Dr. Landsberg und Giesberts, dem Präsidenten der preussischen Landesversammlung Oberbürgermeister Leinert, Professor Schäfer und Dr. Melchior, umfaßt die Liste die Ministerialdirektoren von Stockhammer und Simons als Generalkommissare, sowie Mitglieder des Auswärtigen Amtes und Vertreter der übrigen Reichsministerien und Behörden als Kommissare. Ferner gehören ihr Finanzsachverständige, Wirtschaftssachverständige und Mitglieder der Waffenstillstandskommission an. Die Delegation wird von dem er orderlichen technischen und Kanzleipersonal begleitet sein. Mit ihr begeben sich die Vertreter der leitenden deutschen Nachrichtenagenturen, sowie 15 Vertreter der deutschen Presse mit ihren Sekretären zum Verhandlungsort.

Frankzösische Bischöfe für Elsaß-Lothringen.

(RTB.) Paris, 24. April. (Havas.) Die Ernennung der Bischöfe von Straßburg und Metz an Stelle der deutschen Bischöfe, die ihren Amtsitz verlassen, ist durch Erlass des Präsidenten Poincaré erfolgt, auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Clemenceaux auf Grund des noch auf Elsaß-Lothringen anwendbaren Concordats von 1801, das die Ernennung der Bischöfe der Zivilgewalt in Uebereinstimmung mit dem Vatikan überträgt.

Die amerikanischen Iren für ihr Mutterland.

Rotterdam, 26. April. Dem Nieuwe Rotterdamischen Courant zufolge schreibt der Manchester Guardian, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß die Anwesenheit der irisch-amerikanischen Abordnung in Paris nicht ohne Wirkung geblieben sei. Wilson und Oberst House hätten offenbar es nicht verweigern können, einige ihrer Landsleute zu empfangen, und es stehe außer Frage, daß Verhandlungen geführt würden. In Irland glaube man, daß die Abordnung bereits gewisse Dinge erreicht habe.

Die Bestimmungen über den zwischen Deutschland und den Neutralen zugelassenen Handelsverkehr.

Amsterdam, 25. April. Wie das „Algemeen Handelsblad“ meldet, haben die assoziierten Regierungen nach kommerziellen Mitteilungen im Zusammenhange mit dem zugelassenen Handelsverkehr zwischen Deutschland und den Neutralen folgende Bedingungen festgesetzt: 1. Alle verfügbaren Wege sind benutzbar. 2. Mittelungen bezüglich Einfuhr nach Deutschland müssen sich vorläufig auf Lebensmittel beschränken. 3. Mittelungen bezüglich der Ausfuhr aus Deutschland dürfen sich nicht auf andere Handelsartikel, als Gold, Silber und verhandelbare Kriegswerkzeuge oder Material beziehen. 4. Transaktionen für Spekulationszwecke sind nicht gestattet. 5. Telegramme müssen in klaren Worten abgefaßt sein. Diese dürfen keine geheime Bedeutung haben. Die Telegramme müssen in französischer oder englischer Sprache oder, wenn es sich um Mittelungen

hanoelt, die über Italien oder in italienischen Kolonien gehen, in italienischer Sprache abgefaßt sein. Die Telegramme müssen sich ausschließlich auf Handelsfragen beschränken und die vollständige Namensunterschrift des Absenders aufweisen. Auf den Telegrammen, die über Italien oder in italienische Kolonien gehen, muß der Vorname geschrieben werden. Abgekürzte Telegrammadressen sind bei der Unterzeichnung nicht gestattet. Unter die Telegramme werden auch drahtlose Meldungen gerechnet. 6. Briefliche Korrespondenzen sind gestattet, wenn sie sich auf diejenigen Transaktionen beziehen, die die Absender zugestanden haben. Die Briefe müssen in deutlicher Schrift und ungewandten Worten abgefaßt sein. Die genaue Adresse des Absenders muß deutlich auf dem Briefumschlag geschrieben stehen. 7. Warensendungen durch die Post sind nicht gestattet. Es können jedoch Muster für die zugelassenen Handelsartikel als Postpakete versandt werden. 8. Die assoziierten Regierungen behalten sich vor, jede Mitteilung, welcher Art sie auch sei, ohne weitere Erklärung ohne Gründe hierfür anzuhalten. Klagen über aufgekaltete Korrespondenzen werden nicht berücksichtigt.

Deutschland.

Zur Lage in Bayern.

Stuttgart, 26. April. Das Kriegsministerium teilt mit: Die Lage bei den in Bayern verwendeten württembergischen Truppen ist unverändert. Der Oberbefehl über sämtliche Truppen, die gegen die Spartakisten in München operieren, hat im Einverständnis mit dem württembergischen und bayerischen Regierung der Reichswehrminister Roske übernommen. Ueber München liegt folgende Nachricht vor: Die Stärke der roten Armee wird auf 30 000 bis 60 000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl nur als Miliz anzu sehen sind. Die hohe Zahl der Milizler erklärt sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der Spartakisten-Regierung nur an waffen tragende Anhänger ausgegeben wird. Die Zahl der kampferprobten Truppen wird auf 12 000 Mann bei den Spartakisten geschätzt. Die Bürger Münchens sollen Brot in ausreichender Menge doch keine Kohlen erhalten.

Ausbreitungen in Offen.

Offen, 28. April. Am 26. und 27. April war es in Buer und Umgebung zu Plünderungen gekommen. So ist z. B. in Buer das große Warenhaus Althof mit über eineinhalb Millionen Mark Waren ausgeplündert worden. Auch mehrere Lote sind zu verzeichnen. Seit sind Truppen eingerückt. Bisher wurden über 80 Plünderer festgenommen. Unter dem Schutz der Truppen wurde nunmehr im Revier von Buer, wo bisher noch völliger Streik herrschte, die Arbeit wieder aufgenommen. Es zeigt sich bei den Belegschaften eine heftige Erbitterung gegen die Streikleitung.

Nachgang der landwirtschaftlichen Erzeugnisse während des vierten Kriegsjahres.

Während wir 1913 noch 12,1 Millionen Tonnen Roggen ernten konnten, ging dieser Ertrag 1918 auf 8 Millionen zurück. Weizen von 4,4 auf 2,4 Millionen Tonnen, Hafer von 9,5 auf 4,7, Kartoffeln von 52,9 auf 29,4 Millionen Tonnen. Auch die tierischen Leistungen haben durch den Mangel an Futter eine erhebliche Verminderung erfahren. Während man 1913 die Durchschnittsleistung einer Kuh mit 4427 Kg. Milch mit je 3,08 Prozent Fettgehalt feststellen konnte, ging diese Leistung 1917 auf 2659 Kg. Milch mit 2,03 Prozent Fettgehalt zurück; das ist eine Minderheit von 61,4 Prozent für jede Kuh im Jahr.

Bermischte Nachrichten.

Nützliche Sinne der Pflanzen.

Zu diesem Thema berichtet Dr. Albert Neuburger in einem feststehenden Artikel „Geheimnisse der Natur“ in Heft 22 von von Reclams Universalien (Verlag von Philipp Reclam jun. in Leipzig. Jede Woche ein Heft für 55 Pf.) folgendes:

„Daß die Pflanzen mit weit mehr Sinnen ausgestattet sind, als man bisher annahm, wird durch eine Reihe von Untersuchungen immer wahrscheinlicher. So hat vor allem der amerikanische Pflanzenphysiologe S. Leonard Bastin eine Anzahl von Versuchen angestellt, aus denen hervorgeht, daß die Pflanzen, die keine Augen, keinen Geruch und kein Gehör besitzen, das Vorhandensein bestimmter Gegenstände trotz dieses Mangels wahrzunehmen vermögen. Es muß ihnen also noch irgend ein Sinn innewohnen, an dessen Vorhandensein nicht zu zweifeln ist, von dessen Art wir uns aber keinen Begriff machen können. So besitzt z. B. der Sonnentau, eine fleischfressende Pflanze, Fangarme, die durch die Anwesenheit des Opfers, also z. B. einer Fliege, berührt gereizt werden, daß sie sich um sie herumwinden, worauf die Verdauung einsetzt. Diese Bewegungen der Fangarme werden jedoch erst durch die Berührung ausgelöst. Daß aber das Blatt des Sonnentaus noch ganz bestimmte Sinnesorgane besitzen muß, die der Pflanze ohne jede Berührung von Vorhandensein eines Opfers Kenntnis geben, bewies Bastin durch folgenden Versuch. Er befestigte in einer Entfernung von über 1 Zentimeter von einem solchen Blatt eine Fliege. Sofort neigten sich die Blätter gegen sie zu und die Fangarme klammerten sich genau so um sie herum, als ob sie direkt berührt worden wären. Die Pflanze hat also nicht die zufällig in den Bereich ihrer Arme gelangte Beute erfaßt, sondern sie ist ihr gewissermaßen nachgegangen. Rehnliche Sinnesorgane liegen sich auch bei der Flachsseide feststellen. Diese ist ein Parasit, der sich auf Kosten anderer Pflanzen nährt. Pflanzt man in die Nähe von Flachsseide eine Klee- oder Klee-ähnliche Pflanze, so wächst die Flachsseide, die das Vorhandensein dieser Klee-ähnlichen Pflanze auf irgend eine Weise wahrnehmen muß, gegen sie zu. Sie vergrößert sich außerordentlich rasch, und bald haben ihre Fäden das Opfer erreicht, aus dem sie nun die Mittel zum Leben saugt. In ähnlicher Weise wuchs eine Erbse gegen einen Stiel zu, der in einer Entfernung von fünf Zentimetern von ihr befestigt worden war. Sie mußte also doch auf irgend eine Weise Kenntnis von dem Vorhandensein dieses Stodes erlangt haben. Aus allen diesen Tatsachen schloß Bastin, daß die Pflanzen mit geheimnisvollen Sinnen ausgestattet sind, deren Wesen zu ergründen ein interessantes und auch, aus wissenschaftlicher Hinsicht, der pflanzenphysiologischen Forschung darstellt.“

Ämtliche Bekanntmachungen.

Herstellung von Zwieback.

Im Monat Mai d. Js. sind nach der eingeführten Reihenfolge folgende Bäder berechtigt, Zwieback herzustellen, und zwar:

Herr Christian Eug. hier,
Frau A. Mörz Witwe hier,
Herr Gottlob Niehammer hier.

Calw, den 25. April 1919.

Kommunalverband:
Oberamtmann G. S.

Bekanntmachung der Zentralstelle für Gewerbe und Handel.

Wettbewerb für Bauhandwerker.
In Abänderung der Bekanntmachung der Zentralstelle vom 10. März d. Js. (Gewerbeblatt Nr. 12 und 13) wird die Frist für die Einlieferung der Arbeiten bis 22. Mai d. Js. verlängert und die Zeit der Ausstellung der Arbeiten auf 18. bis 28. Mai d. Js. festgelegt.

Stuttgart, den 16. April 1919.

J. V. (gez.) K r a d.

Abbruch von Schweinefleischverträgen.

Mit Bezug auf die oberamtliche Bekanntmachung vom 6. Juli 1918 im „Calwer Tagblatt“ Nr. 160 werden die Landwirte des Bezirks aufgefordert, weitere Schweinefleischverträge abzuschließen. Die Vertragsbedingungen sind folgende:

1. Der Schweinehalter verpflichtet sich, die angemeldeten Schweine der Fleischverorgungsstelle auf Abruf zur Verfügung zu stellen. Der Abruf kann jederzeit erfolgen.
2. Für die Ablieferung sind die Bestimmungen der Verfügung und Geschäftsanweisung der Fleischverorgungsstelle, betr. Schlachtviehaufringung, vom 21. November 1917 maßgebend.
3. Die Fleischverorgungsstelle bezahlt für jedes abgelieferte Vertragschwein den Einheitspreis für Vertragschweine von 130.— M die 50 Kg. Lebendgewicht.
4. Wird die zugesagte Anzahl von Schweinen nicht geliefert, so hat der vertragsschließende Schweinehalter, sofern nicht durch höhere Gewalt (Krankheit usw.) die Lieferung der Schweine unmöglich gemacht ist, für jedes entgegen seiner Verpflichtung nicht abgelieferte Schwein den Betrag von 50 M als Vertragsstrafe zu bezahlen.
5. Die etwa notwendig werdende Nachschlachtungen oder das Verenden eines Vertragschweines ist dem Schulkheizenamt so zeitig anzuzeigen, daß eine Besichtigung des Tierkörpers möglich ist.
6. Die Fleischverorgungsstelle stellt für jedes Vertragschwein 4 Ztr. Kleie zum Preis von 19,80 M für 1 Doppelzentner (einschließlich Papierlad) durch den Kommunalverband zur Verfügung.
7. Das zur Verfügung gestellte Futter darf zu andern Zwecken als zur Schweinemast nicht verwendet werden. Weiterverkauf ist strafbar.
8. Die Ablieferung der Vertragschweine hat spätestens Mitte nach Abschluß des Vertrages zu erfolgen. Die Abnahme besorgt der zuständige Bezirksoberkäufer nach Weisung der Fleischverorgungsstelle, welchem auch die Tiere zur Ablieferung anzumelden sind.

Zu dem oben angegebenen Preis von 19,80 M für 1 Doppelzentner Kleie kommen noch die Unkosten des Kommunalverbands für seine Bemühungen, für Lagerung, Abgabe und Verrechnung an den Mäster bis zu 60 Pf. pro Doppelzentner. Die Schulkheizenämter haben weitere Vertragsanmeldungen bis 10. Mai in Empfang zu nehmen und bis 12. Mai d. J. dem Oberamt anzuzeigen.

Calw, den 23. April 1919.

Oberamt: G. S.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. April 1919.

Die Regelung des Fremden-Verkehrs.

Eine Mitursache, der mancherorts zu beobachtenden Mißstimmung gegen die Fremden ist deren vielfach nicht dem Ernst der Zeit entsprechendes Auftreten, auch bezüglich der Kleidung. Gegen das Hamstern der Fremden werden energische Maßnahmen getroffen. Minister Baumann hat unlängst in Stuttgart bei Verhandlungen festgestellt, daß 1. von keiner Seite einer gänzlichen Unterbindung des Fremdenverkehrs das Wort geredet wurde, daß 2. niemand für die völlige Freigabe im Hinblick auf unsere ganze Ernährungslage eintreten konnte, daß somit von der Regierung ein Ausgleich in Form von Beschränkungen geschaffen werden müßte. In welcher Weise dies geschehen werde, hänge ganz von unserer Lebensmittelförderung, die im Augenblick noch nicht genügend geklärt sei, und von den Verhandlungen mit Baden ab, dessen Interessen in Bezug auf den Fremdenverkehr mit denen des würt. Schwarzwaldes eng verknüpft seien. Sollte sich unsere Ernährung auf die in Baden zu erwartende Aufhebung der Blockade hin günstiger gestalten, so werde die Regierung nicht verfehlen, die Zügel lockerer zu lassen.

Verkehrs-Bestimmungen für den 1. Mai.

Der Personenzug-Verkehr wird in vollem Umfang aufrecht erhalten. Im Güterverkehr herrscht im allgemeinen Sonntagsruhe. Es sollen im wesentlichen nur Züge mit Lebensmitteln und Kohlen gefahren werden.

Württemberg — Baden.

Zur Vereinigung von Baden und Württemberg schreibt dem Süddeutschen Korrespondenzbureau ein alter Badener: Ich liebe meine Heimat, die in mancher Beziehung ihre Nebenbezeichnung als Musterlande verdient. Aber wegen seiner unnatürlichen, steilerartigen Abgrenzung und wegen des großen Gewinns, die eine engere Verbindung mit Württemberg hinsichtlich Verkehrsverbesserung, wirtschaftlicher Ausgleichs und sparsamerer Staatsverwaltung verspricht, bin ich für die Verschmelzung beider Länder zu einem wohlhabenderen deutschen Bundesstaat. Er würde sich neben seinem Nachbarn Bayern gut ausnehmen und auch nach Westen gegen den französischen Nachbarn hin eindrucksvoll sein. Der Schwarzwaldbundesstaat, dieses Bindeglied, würde dann nicht mehr ein Trennungsfaktor, sondern ein Gegenstand gemeinsamer Sorgfalt und gemeinsamer Stolz sein. Die Verschmelzung von Baden und Württemberg brächte möglicherweise einzelnen Gegenden oder Ständen Nachteile. Diesen läßt sich aber vorbeugen. Für Karlsruhe oder Freiburg könnten Einzelne geschaffen werden. Für die Beamten, Lehrer und Lehrerinnen, die hinsichtlich Gehalt, Anstellungs- und Versorgungsverhältnisse in Baden zum

Teil viel besser gestellt sind, als in Württemberg, müßte mindestens eine 10jährige Karenzzeit eingeführt werden. Selbstverständlich ist auch, daß die neue badische Verfassung nicht verschlechtert werden dürfte. Mit all diesen Ausgleichsmaßnahmen ein Ausgleich eingehend befaßt und er müßte die nötigen Verfügungen feststellen, sonst würden sich die mit Benachteiligung und Bedrohten mit allen Kräften gegen die Verschmelzung wehren. Die Abtretung von Forstheim allein kann und darf Baden niemals zugeben. Die vorkrieglichen Eigenschaften sind dem Vereinigung günstig. Zwar gefällt manchem Badener das Sichgehenlassen des Schwaben in der Sprache und seine Verschlossenheit gegen „Fremde“ nicht, dafür aber mehr seine Gemütslichkeit, und im übrigen unterscheiden sich Alemanne und Franke, Süd- und Nordbadener mindestens so sehr voneinander, als vom Schwaben. Als Hauptstadt des neuen Bundesstaates kommt wohl nur Stuttgart in Frage. Dafür schlage ich als Entgelt vor, die neue Republik „Baden“ zu nennen. — (Was das „Sichgehenlassen“ in der Sprache anlangt, so weiß man nicht, auf welcher Seite diese schlechte Angewohnheit hier und dort am stärksten zum Ausdruck kommt.)

Konzert.

* Das Konzert, das die Stuttgarter Künstlerinnen, Fräulein Marie Ann. Schmitt und Fräulein Marie Helene Lang am Freitagabend im „Babilischen Hof“ veranstalteten, dürfte sich eines sehr guten Besuchs erfreuen. Die beiden Künstlerinnen waren bemüht, das erlebte Programm zu wirkungsvoller Durchführung zu bringen. Fräulein Schmitt zeigte ihre bedeutende Vortragskunst gleich anfangs in der Arie der Agathe aus dem „Freischütz“. „Wie nähte mir der Schlummer“, die sie mit dramatischem Ausdruck und innerem Erleben vortrug. Ihr warmer, voller, in allen Lagen gleich wohlklingender Sopran ließ die wundervolle Arie so recht hervorleuchten. Auch die beiden Schumannschen Stücke „Waldesgespräch“ und „Frühlingsnacht“, sodann „Von ewiger Liebe“ von Brahms und „Wie Lenzeshauf“ von Jensen wußte die Sängerin lebensvoll zu gestalten. Derselbe Gestaltungskraft wie bei den ersten sprichhaften Stoffen zeigte die Künstlerin auch bei den Vorträgen heiteren Charakters, so bei dem reizvollen Tambourliedchen dem „Schmied“ und „Das Mädchen spricht“ von Brahms. Allerdings fiel uns diesmal in einigen Stellen beim Versansfang ein unreiner Anfang mit nasalem Anflug auf, der dem aufmerksamen Zuhörer hier und dort den reinen Genuß dieser sonst einwandfreien Vortrags- u. Gesangskunst beschnitt. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, daß die Künstlerin sich die kleine, störende Nachlässigkeitsfünche bis zum nächsten Mal abgewöhnt. Fräulein Lang erfreute die Zuhörer mit der fein ausgearbeiteten, stimmungsvollen Nocturne g-dur, der reizvoll pointierten Ballade impromptu, sowie der von anmutigem Rhythmus getragenen, melodischen Polonaise c-moll. Die beiden Brahms'schen Stücke, das Intermezzo h-dur op. 118 und das Capriccio h-moll op. 76, zeigten besonders die vorzügliche Technik und formale Auffassung der gereiften Pianistin. Auch in der Begleitung der Sängerin erwies sich Fräulein Lang als feinstimmige Künstlerin. Alles in allem bot der Abend wirklich den vorausgesagten künstlerischen Genuß, und die Teilnehmer bezogen ihre Anerkennung durch starken Beifall und Blumen Spenden.

Die außerordentlichen Zuwendungen für die staatl. Beamten und Unterbeamten.

Zu dem im Staatshaushaltsplan für 1918 vorgesehenen Bedarf von 35 960 000 M treten hinzu: Mehraufwand für die Teuerungszulage, neuer Aufwand für eine Ausgleich- und Wohnungsgeldzulage an Beamte für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1919: 1. für Staatsbeamte, Lehrer und Geistliche und für staatliche Arbeiter 12 Millionen M; 2. für im Ruhestand befindliche Staatsbeamte, Lehrer und Geistliche, sowie für Witwen und Waisen von früheren Staatsbeamten, Lehrern und Geistlichen, fernerhin invalide Staatsarbeiter und an Witwen und Waisen von früheren Staatsarbeitern 1 800 000 M, zusammen 13 800 000 M. Am 1. Februar 1918 in Kraft gesetzte Regelung der Teuerungszulagen für Beamte, Arbeiter und Pensionäre hat sich mit der rasch fortschreitenden Teuerung schon im Laufe des Rechnungsjahres 1918 als unzulänglich erwiesen. Dem anerkannten Bedürfnis nach Erhöhung der Teuerungszulage suchte die Regierung im ersten Fall im Einverständnis mit der Volksvertretung und dann entsprechend dem Vorgang im Reich und den größeren Bundesstaaten durch Verwilligung von zwei einkünftigen Kriegszulagen auf 1. Oktober und 1. Dezember 1918 zu genügen, von denen die erste für Beamte, Arbeiter und Pensionäre zusammen einen Aufwand von 31 422 000 M verursachte, während der noch nicht festgestellte Gesamtaufwand für die zweite Kriegszulage infolge weiterer Berücksichtigung der im Heeresdienst befindlichen Beamten und Arbeiter bei sonst gleicher Regelung etwa 35 Millionen M betragen dürfte. Bei dem Anhalten der Teuerung erwies sich der Weg der einmaligen Zulagen immer mehr als unzumutbar. Schon vom 1. Dezember 1918 ab mußten den Werkstättenarbeitern der Eisenbahnverwaltung sehr erhebliche Lohnserhöhungen bewilligt werden, und mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab trat auch für die nach der Betriebslohnordnung entlohnten Eisenbahnarbeiter, sowie für andere Staatsarbeitergruppen ein neuer, entsprechend erhöhter Lohnstarif in Kraft. Durch diese Maßnahmen war auch die bisherige Regelung der Beamtenbezüge unhaltbar geworden, da die Arbeiter der Verkehrsanstaltenverwaltung nunmehr in ihren Gesamtbezügen unverhältnismäßig besser gestellt waren, als die ihnen nächststehenden Unterbeamtenklassen. Die neue, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab in Kraft zu setzende Ordnung der Teuerungszulage soll den erforderlichen Ausgleich zwischen Beamten- und Arbeiterbezügen schaffen, nachdem auch im Reich und in Preußen, sowie in verschiedenen größeren Bundesstaaten zum gleichen Zweck und auf den gleichen Zeitpunkt eine Neuordnung der Kriegszulagen erfolgt ist. Dreierlei Teuerungszulagen für Beamte sind vorgesehen: 1. Die Teuerungszulage, deren Grundbetrag künftig für alle Beamten, den bisher bei Beamten der Abt. 1 der Gehaltsordnung geltenden Satz entsprechen soll. Damit sind im Grundbetrag der Teuerungszulage alle Beamten künftig den Arbeitern gleichgestellt. Die Kinderzulage soll wesentlich, auf 30 M monatlich, erhöht werden, und zwar gleichmäßig für Beamte und Arbeiter. — 2. Die Ausgleichszulage, die nach Ortsklassen abgestuft, ebenfalls allen Beamten gleichmäßig zusammen soll und als Aus-

...müßte man
werden. Selbst
nung nicht ver
gleichen müßte
ste die nötigen
it Benachteilig
Verfälschung
kann und darf
haften sind des
Badener das
und seine Ver
mehr seine Ge
Mennante und
sehr vonein
neuen Bundes
Dafür schlägt
n" zu nennen,
be anlangt, b
ste Angewohn
ommt.)
...entimen, Kr
e Lang am
en, durfte sich
Künstlerinnen
rungsvooll
ste ihre Bedeut
er Agathe aus
mer", die sie
leben vorzug
Mautender So
ht hervorleuch
Salbesgespräch
" von Brahms
ingerin lebens
bei den ersten
den Vorträgen
ambourliedchen
Brahms. Aller
m Versanfang
der dem auf
Genuß dieser
nnt. Es bedarf
sich die kleine
al abgewöhnt
usgearb
mann, mit der
ll pointierten
Rhythmus ge
elben Brahms
das Capriccio
e Technik und
sch in der Be
als feinsinnig
ch den voraus
mer bezeugten
einspenden.
...st. Beamten
...geordneten Be
wand für die
ich und Wohl
1. Januar bis
und Geistlich
für im Ruhe
sche, sowie für
n, Lehrern und
und an Wit
1 800 000 M.
Kraft gesetzt
Arbeiter und
den Teuerung
müßiglich er
bung der Teu
all im Einver
tsprechend dem
ten durch Ver
auf 1. Oktober
die erste für
inen Aufwand
och nicht fest
zulage infolge
findlichen Re
etwa 35 Mil
der Teuerung
mer mehr als
u mußten den
sehr erhebliche
rtung vom 1.
triebslohnord
ndere Staats
Lohnstarif in
s herige Reg
a die Arbeiter
hren Gesamt
als die ihnen
mit Wirkung
Ordnung der
zwischen Be
uch im Reich
Bundesstaats
zeitpunkt eine
eierlei Teue
e Teuerungs
ten, den bis
ng geltenden
ag der Teue
gleichgestellt,
natisch, erhöht
Arbeiter. —
gestuft, eben
und als Aus

...gkeit der Beamtenbestellung gegenüber den Wohnverhältnissen der Arbeiterschaft bedacht ist. — 3. Der Wohnungszulage, die der besonderen Bedrängnis derjenigen Beamten abhelfen soll, der Wohnungsbedarf nicht von Staats wegen befriedigt wird. Diese Zulage soll in festen Hundertteilen des Wohnungsgeld befehen. Die Neuordnung soll wie bisher auch für die im öffentlichen Schuldienst angestellten Lehrer und, solange der derzeitige Rechtszustand besteht, auch für die Geistlichen in Kraft gesetzt werden. Entsprechend der Neuordnung bei den Beamten ist auch für die Pensionäre eine durchgreifende Erhöhung der Teuerungszulage unter Belassung der bisherigen bewährten Ordnung vorgesehen. Auch die Teuerungszulage der invaliden Arbeiter und der Hinterbliebenen von Arbeitern sollen wesentlich erhöht werden. Als Voranschlag auf die Erhöhung ihrer Bezüge für die Monate Januar, Februar und März ist den Beamten vorläufig ein Betrag von 200 M. ausbezahlt worden.

Der Verband württemberg. Industrieller zur wirtschaftlichen Neuordnung.

(S. 2.) Stuttgart, 25. April. Im Bürgermuseum hielt heute nachmittag der Verband württ. Industrieller seine 11. ordentliche Generalversammlung ab. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes führte Syndikus Bayer ungefähr folgendes aus: Das 10. Geschäftsjahr des Verbandes war ausgefüllt durch Arbeiten, die, noch während des Krieges im Hinblick auf dessen Ende aus dem Gesichtswinkel der Demobilisierung und Uebergangswirtschaft vorbereitet wurden und dann durch solche, wie sie aus der gewaltsamen Umwälzung des 9. November durch eine Neueinstellung auf gänzlich veränderte Wirtschaftsverhältnisse notwendig gemacht wurden. Zu jenen Vorbereitungsarbeiten gehörte die Mitbeteiligung des Verbandes an der Ausfuhr nach der Ukraine, an einer Neuorientierung unserer Politik, wie sie im Sinn einer Versöhnung der Wirtschaftsrat für Mitteleuropa wollte, ferner die Sorge um die Beschaffung von Arbeit, wie beim Wiederaufbau unserer Handelsflotte, von Rohstoffen und Ausfuhrmöglichkeiten in der Uebergangszeit durch besondere Arbeitsauschüsse, von denen nur derjenige für die württembergische Textilindustrie lebensfähig blieb, und durch die Mitarbeit an den Demobilisierungsplänen, wie sie vor dem Ersuchen um einen Waffenstillstand gedacht waren. Alle diese Bemühungen machte der 9. November überflüssig. Dauer hatten dagegen andere Unternehmungen des Verbandes, die er zum Teil mit anderen Körperschaften durchführte, so die Württ. Landeselektrizitätsgesellschaft mit Stuttgart, den Nedarwerken und dem Ab-Elektrizitätswerk zum Bau von 100 000 Volt-Leitungen, die Bemühungen um die Kohlenversorgung durch den Württ. Industriekohlenverein, der man seine siebenjährigen Bestrebungen im Sinn einer gemeinschaftlichen Behandlung der Kohlenfrage der Verwirklichung zuschreiben sieht, ferner die Förderung der schwäbischen Qualitätsindustrie durch den Stuttgarter Handelshof, an dessen Schöpfung der Verband und sein 2. Vorsitzender, Geheimrat Peter Brudmann, führend beteiligt sind, und vor allem auch die Außenhandelsförderung durch die Gründung großer Exportgesellschaften (Welthandel, Unterseebienst usw.) durch die Unter-Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes, die eine Verbesserung unseres Nachrichtendienstes und der Aus-

...Wahrung unserer Auslandsverhältnisse anstrebt, und neuerdings durch eine starke Mitarbeit an der Beratungsstelle für Ausfuhr, die von der württ. Staatsregierung in Stuttgart und Berlin geplant ist. Mit einem Schreiben vom 11. November trat der Verband rüchhaltlos hinter die provisorische Regierung Württembergs, am 12. November gab er unter Führung seines Vorsitzenden Robert Bosh das Leitwort aus: Wiedereinstellung der heimkehrenden Krieger in die Betriebe. In einer Rundgebung am 17. Dezember forderte der Verband innere Ordnung und Vermeldung aberwägiger Experimente im Wirtschaftsleben, zugleich forderte er von der Industrie Mitarbeit an der inneren Entwicklung in wahrhaft sozialem Geiste. Hieraus ergab sich die Stellung des Verbandes zu den großen Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft: Die Unternehmer betrachten sich als die Verwalter der deutschen Volkswirtschaft und nehmen von da aus ihre Stellung zu den Fragen der Demokratisierung und Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens. Jene baut sich auf dem Gedanken der Gleichberechtigung auf und führt zur verantwortlichen Mitbestimmung der Arbeiterschaft im Betrieb; daraus ergibt sich die Stellung zum Fabrikonstitutionalismus, der nun in den Betriebsräten und in den Arbeiterwirtschaftsräten seinen Ausdruck finden muß und in der Arbeitsgemeinschaft der organisierten Unternehmer und der Gewerkschaften seine Krönung erhält. Die Sozialisierung der Bodenschätze, der Wasserkräfte und der übrigen Energien, die Beseitigung gemeinschädlicher Monopole in der Rohstoffherzeugung wird von der verarbeitenden Industrie des Landes begrüßt; die Heranziehung der Erträge der Unternehmungen für das gemeine Wohl sieht der Verband in deren steuerlichen Erfassung, nicht in einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter, die einer Komisierung der Erträge und einem Entschüpfen vor dem Zugriff der Staatsbesteuerung gleich käme. Als Mittel zur Erreichung einer solchen gemeinwirtschaftlichen Arbeit in der Industrie sieht der Verband nur die straffste Organisation aller schaffenden Kreise; wie im Reich der Reichsverband der deutl. n. Industrie, so soll in Württemberg aus dem Verband Württ. Industrieller und der neugegründeten Vereinigung Württ. Arbeiterverbände der Landesverband der württ. Industrie hervorzurufen zur gemeinsamen Wahrung der wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der gesamten Industrie und damit soll auf der Unternehmenseite die Organisation geschaffen sein, die zusammen mit derjenigen der Arbeiterschaft und der Angestellten die großen sozialen Aufgaben unserer Tage bearbeiten soll, wie sie nach der Reichsverfassung wirtschaftlich und sozialpolitisch diesen großen Selbstverwaltungsorganen unseres Wirtschaftslebens in gleichberechtigtem Zusammenwirken übertragen werden. Diese große Arbeit kann nur gelingen bei größter Zusammenfassung aller Kräfte und durch größte wirtschaftliche Vereinfachung. Da bleibt kein Raum für frivole Streits, die zur Vernichtung führen, und für endlose, sinnlose Forderungen, die unserem Wirtschafts-Körper das Blut abzapfen.

Schwerer Unfall.

Mengen, 25. April. In der Nacht vom Freitag auf Samstag ging ein Kriegerinvalid mit einigen Kameraden zum Fischen. Die

mühenommenen, vermutlich selbst verfertigten Handgranaten explodierten infolge Unvorsichtigkeit zu früh und rissen dem Kriegersteilnehmer beide Hände weg. Seine Kameraden brachten ihn in die elterliche Wohnung, wo sofort ärztliche Hilfe zugezogen wurde.

Stammheim, 25. April. Auf Veranlassung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins hat am Dienstag Abend im "Bären" hier eine Versammlung hiesiger Landwirte stattgefunden, um zu der Frage der Gründung eines landwirtschaftlichen Ortsvereins Stellung zu nehmen. Der Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, Herr Dingler, Calw, gab in längeren Ausführungen Aufschluß über die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Landwirte, über Zweck und Art der neu zu gründenden Organisation, für welche die landwirtschaftlichen Ortsvereine die wichtigsten Grundlagen bilden sollen. Anschließend daran wurde auch hier ein Ortsverein gegründet, welchem sofort eine größere Anzahl Landwirte beigetreten ist. Herr Dingler teilte sodann noch mit, daß er die Vermittlung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft aus den Kreisen der erwerbslosen Industriearbeiter übernommen habe, er glaubt, daß auch hier in diesem oder jenem Betrieb Verwendung für eine solche Arbeitskraft vorhanden sei und fordert die Landwirte auf, von der Möglichkeit, solche Arbeiter einstellen zu können, reichlich Gebrauch zu machen.

Magstadt, 25. April. Am Mittwoch vor Ostern wurde in der Nacht ein Fuhrwerk abgefaßt, auf dem 254 Pfund Ochsenfleisch, 42 Pfund Kalbfleisch und 60 Pfund Schmalz verpackt waren. Der Fuhrwerksbesitzer hatte, wie die Schwäb. Tagwacht berichtet, seine Tochter und seinen Bub mit auf den Wagen geladen, beide gut eingepackt in Teppiche, so daß die beiden in der Dunkelheit zuerst ebenfalls als Fleischbündel angesehen und vom Wagen heruntergezogen wurden, wobei es ihnen nicht allzu gut erging. Das beschlagnahmte Fleisch war von dem Stuttgarter Wirt Jakob Schuster um 1336 Mark erworben worden. Die Sicherheitsorgane sind den Schiefern auf der Spur. In das Treiben dieser Kreise leuchtet u. a. die Mitteilung hinein, daß Fälle vorkamen, wo ein mit 2 Ochsen bespannter Wagen leer nach Stuttgart fuhr. Der Wagen wurde bei passender Gelegenheit zurückgeschafft, die Ochsen aber wurden in Stuttgart geschlachtet!

Freudenstadt, 25. April. Dreierlei Ursachen der von Westen her vernehmlichen Detonationen sind nunmehr festgestellt. Zum ersten handelt es sich um Stockholzporengänge in den Wäldern. Alsdann werden von den Franzosen an den Unterständen und Befestigungen im Kampfgebiet der Vogesen Sprengungen vorgenommen. Zum dritten erfährt der Grenzer noch von besonderer Seite, daß zurzeit bei Offenburg gewaltige Sprengungen stattfinden, da das Nachbarland Baden noch Kohlen sucht. Die Explosionen sind viel stärker als Schwere Artilleriefeuer.

(S. 2.) Stuttgart, 25. April. Die Generalversammlung der Robert Bosh A.-G., Stuttgart, in der der Geschäftsbericht des zweiten Geschäftsjahres vorgelegt werden soll, wird Anfang nächster Woche stattfinden. Wie wir hören, wird das Geschäftsergebnis die Verteilung einer Dividende nicht gestatten.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seftmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.



1. Bis Mittwoch 30. kann bestellt werden auf Nr. 126 Kaffee-Ersatz. Die Kleinhändler haben die Marken am Freitag 2. Mai auf dem Rathaus abzuliefern.
2. Nächsten Mittwoch vorm. von 8—10 Uhr Kartoffelverkauf auf dem Rathaus Zimmer 8. Preis 8 Mk. pro Ztr. Die Kartoffeln werden im Keller d. Deländerie u. Bahnhofskeller ausgegeben.
3. Brot- usw. Karten-Abgabe am Dienstag, den 29. April (nicht 30.) in der üblichen Reihenfolge.

W. Forstamt Stammheim. Reifig-Verkauf.

Am Mittwoch, den 30. April 1919, nachm. 5 Uhr im Bären in Stammheim, aus Staatswald Waldbacker, Buchau, Hinterer Schleichberg, Leutenloch und Vorderer Gebersack: 31 Flächenlose ungeb. Nadelreifig mit etwas Buchen, geschätzt zu 5860 Wellen.

Bestellungen

auf folgende hervorragende literarische Neuigkeiten:

Hertling, Erinnerungen,
Ludendorff, Rechtfertigungsschrift,
Hammann, Erinnerungen,
Tirpitz, Aufzeichnungen

nimmt entgegen
Buchhandlung Dipp.

Das letzte Hochwasser im Dezember 1918 schwemmte mit ein eisernes

Benzinfäß weg.

Wer mir über den Fundort oder Verbleib desselben nähere Angaben machen kann wird gebeten, dieselbe mir gegen Belohnung zukommen zu lassen.

Friedr. Herzog, Calw.
Fernruf 100.

Stuttg. Pferdlose

à Mk. 2.—.
Ziehung 3. Mai.
Hauptgewinn 25 000 Mk.
bei **Friseur Winz,**
Marktplatz.

Einfamilienhaus

in hiesiger Gegend zu kaufen gesucht in hübscher gesunder Lage mit 7—8 Zimmer, Bad und nötigen Nebenräumen samt Garten, gegen Barzahlung.
Angebote unter J. S. an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Milchlieferung geht ständig zurück und wir sind jetzt kaum mehr in der Lage, den vollmilchverpflichteten Kindern und Kranken die ihnen gesetzlich zustehende Milchmenge abzugeben.

Einer der Hauptgründe für die schlechte Ablieferung ist nach Angabe der Kuhhalter

das Milch-Hamstern.

Wir sind nunmehr gezwungen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln hiegegen einzuschreiten. Die Schuttmannschaft hat Weisung, sämtliche gehämmerte Milch abzunehmen und die Hamsterner selbst unachtsamlich zur Anzeigge zu bringen.

Ich warne daher ernstlich vor dem Milchhamstern.
Calw, den 28. April 1919.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Einwohnerschaft wird auf die oberamtliche Bekanntmachung betr.

Verursachung von Bränden

durch das Spielen mit Zündhölzern und feuergefährlichen Stoffen

vom 7. ds. Calwer Tagblatt Nr. 85 hingewiesen.
Calw, den 28. April 1919.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Gut möbl.

Wohn-u. Schlafzimmer

mit elektr. Licht in schöner freier Lage bis 1. Juni an soliden Herrn zu vermieten.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

In freier, ruhiger Lage ist ein schönes, möbliertes

Zimmer

bis 1. Mai zu vermieten.
Bad Liebenzell, Schönb. bergstraße 261.

Ia. Dachpappe

ist eingetroffen.
Gottlieb Pfeiffer, Bau-
unternehm., Mühlweg 240.

Ein guterhaltener, zusammenklappbarer

Rinder-

sportwagen

zu kaufen gesucht. Von wem, jagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Bekanntmachung.

Durch verschiedene Vorkommnisse veranlaßt, machen wir bekannt, daß

unsere Beamten und Monteurs mit Ausweisen versehen sind,

welche vor Betreten einer Anlage auf Verlangen des Inhabers der letzteren vorgezeigt werden müssen. Wir warnen unsere Abnehmer in ihrem eigenen Interesse davor, Personen ohne Ausweis Zutritt zu ihrer elektrischen Anlage zu geben.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Seinach-Station, Station Seinach.

Ein 17—18 jähriges, fleiß.

Mädchen

das schon gedient hat, findet dauernde Stelle bei Frau Hauptlehrer Kingwald, Kornwestheim Ludwigsburgerstraße 51.

Zwei tüchtige

Bollgatter-Säger

können sofort eintreten bei Gg. Gengenbach Söhne Sägewerk Dillweigenstein.

Zu baldigem Eintritt wird fleißiges

Mädchen

bei hohem Lohn, für Küche in einem Gasthof, gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Aufkäufer!

Wer übernimmt in ländlichen Bezirken die Organisation des Einsammelns von

Arzneikräutern.

Adresse erbeten an:
B. Grimm u. Co., Drogenabteilung Hamburg,
Michaelisstr. 10/12.

Württ. Bürgerpartei.
Bezirksverein Calw
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, 29. April, abends 7 1/2 Uhr,
 im Saale der Bierbrauerei Dreiß.

Tagesordnung:
 1. Vortrag von Frau Clara Müller-Keller aus Degetloch über ihre „Erlebnisse in englischer Gefangenschaft“.
 2. Feststellung des Wahlvorschlages für die Gemeinderatswahl.
 Um möglichst vollständiges Erscheinen wird dringend ersucht. Bleistifte mitbringen.
 Zu dem Vortrag der Frau Müller-Keller sind auch Freunde der Partei willkommen.
 Der Ausschuss.

Alzenberg.
Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, 1. Mai 1919 stattfindenden
Hochzeits-Feier
 in unser elterliches Haus, Gasthaus zum Röhle in Alzenberg, sowie am Sonntag, 4. Mai zur
Nachhochzeit
 in das Gasthaus zur Sonne in Alzenberg freundlichst einzuladen.
 Johann Kober
 Sohn des Johannes Kober, Schreinermeisters in Alzenberg
 Marie Kentschler
 Tochter des Gottlieb Kentschler, Köchleswirt in Alzenberg.
 Kirchgang um 1/12 Uhr in Alzenberg.

Statt jeder besonderen Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 1. Mai 1919 stattfindenden
Hochzeits-Feier
 in das Gasthaus z. Lamm in Neuhengstett freundlichst einzuladen.
 Eugen Jourdan,
 Sohn des Heinrich Jourdan, Färber in Neuhengstett.
 Julie Salmon,
 Tochter des Ludwig Salmon, gewes. Milchhändler in Neuhengstett.
 Kirchgang 1/12 Uhr.

Gütlingen-Hof Haselstall.
Hochzeits-Einladung.
 Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte am Donnerstag, den 1. Mai 1919 in das Gasthaus zum Ochsen in Gütlingen freundlichst einzuladen.
 Georg Müller,
 Sohn, des Jonathan Müller, Ziegler.
 Barbara Mohr,
 Tochter des Georg Mohr, Metzger.
 Kirchgang 12 Uhr.

Unterricht.
 Gründl. und schnell fördernder Unterricht nach bewährter Methode für sämtliche
Streich- und Blasinstrumente, sowie für Mandoline und Laute erteilt
 Robert Hahn, Musikdirektor, Haus Tanneck, Bad Liebenzell.

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Calw.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr im „Badischen Hof“ (Nebenzimmer)
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Unsere Tarifbewegung.
 Referent: Kollege Fischer, Gauvorstand, Stuttgart.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen. Die Ortsverwaltung: S. A. Friz Bischoff.

Fahrnis-Versteigerung.
 Aus dem Nachlass der verstorb. Louise Rist lebig, verkaufe ich am Dienstag, den 29. April, Vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr in deren Behausung an der Nagoldbrücke, gegen Barzahlung:
 Bücher, Küchengerät, 3 vollständige Betten, Bettvorlagen, einige ältere Teppiche, Schreinwerk, 3 Kleider- u. Weißzeugkasten, 1 Aufstuhkommode, 3 Kommode, 1 Arbeitsstisch, groß u. klein, Tische, 1 Ledenschiff, Sofa, 6 geflochtene, sowie gepolsterte Sessel u. Stühle, verschied. Hocker, 1 Küchekasten, Kinderstisch mit Bank, verschied. Schränke, Puppenwagen u. 1 Bettlade, 1 Fenstertritt, 1 pol. Kinderbettlade, 1 Nachttisch, Fuß- u. Bandgeschirr, Züher u. Käbel, Regulateur u. andere Uhren, Spiegel u. Lampen, Bilder, Thermometer, 1 Opernglas, Schirm, 1 Stuhlröhre, u. Stockständer, Garderobehalter, Körbe, 1 Nähmaschine, 1 Gasherd, 2 Fenster, sowie allgemeinen Hausrat. Auch ist Handwerkszeug f. 1 Uhrmacher vorhanden. Wanduhren, sowie Uhrengehäuse, Uhrenketten, Zwicker u. Brillen, Brillengläser, Futterale, sowie sonstiges.
 Liebhaber sind eingeladen.
 Stadtkm. 1016.

Landwirtschaftl. Consumverein Calw.
Seingemahl. Kainit
 zur Hederich-Vertilgung
 ist auf Lager.

Moderne Hausmusik
 Gitarre- und Laute-Unterricht.
 Kurse in 20 halben Stunden.
 Paul Opp, Telefon 92.

Verkaufe 11 St. gebrauchte
Ziehharmonika.
 3 Tiroler, 4 Wiener, 4 Deutsche, 1 Italiener, nehme auch alte Ziehharmonika sowie sonstige Instrumente in Tausch.
 F. E. Hohnloser,
 Ziehharmonikamacher u. Spieler
 Pforzheim, Bergstraße 27.

Wer erteilt Unterricht i. Trompetenspielen
 F. Volk, Spöhrer'sche Handelsschule.

Gebrauchte Schreibmaschine
 m. sch. Schrift zu kaufen gesucht. Angebote m. Angabe des Fabrikats u. Preises erbeten unter Nr. F. R. 4431 an die Geschäftsstelle des Vd.

Neue Holzstäbchen
 mit Eisenrest, Deckel und Griff, 1 Zentner Inhalt, zum Aufbewahren jeglicher Lebensmittel, sowie
Käse- u. Butterformen
 aus Holz und
Käseformen
 aus verzinnem Weißblech jedes Quantum preiswert abzugeben.
 Albert Friebe, landw. Geräte, Ludwigsburg, Alleenstraße 4.

Garantie-
Rasiermesser
 von mir selbst erprobt, im Schnitt nicht passende werden anstandslos umgetauscht.
 J. Obermatt, Friseurmeister.
 Weidenstadt.

Brückenwaagen
 mit und ohne Schiebengewichte, sowie sämtliche Gewichte habe stets auf Lager.
 Fr. Wiedersheim, Eisenhandlung.

Prima helles Bodendöl
 (kein Eszaj).
 E. Staab, Liebenzell.

 1 gebrauchtes
Fahrrad
 mit Gummibereifung verkauft. Zu erfragen auf der Geschäftsstelle des Blattes.

Mantelwurfelle
 weißleberig 1.20 Mk. kauft
 A. Braig, Pelzwaren, Neuhardsweiler, Post Saulgau

Alzenberg.
 Sege 2 neue, mittelgroße
Spitzkummet
 samt Leib dem Verkauf aus.
 Matthäus Rothfuß, Milchhändler.

Oberkollbach.
 Verkaufe, weil übrig, einen noch gut erhaltenen
Pflug
 (Doppelständer) samt Karren.
 Fr. Bäuerle, z. Hirsch.

Kirchliche Versammlung
 Zur Besprechung der Wahlen in die kirchliche Landesversammlung findet am Donnerstag, (Feiertag Phil. u. Sak.) 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Vereinshaus in Calw eine
öffentliche Versammlung

statt, zu welcher die kirchlichen Wähler aus den Stadt- und den Landgemeinden (Männer und Frauen) eingeladen werden. Die als Kandidaten in Betracht kommenden Herren werden sich den Wählern vorstellen.
 Dekan Zeller.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 1. Mai 1919, stattfindenden
Hochzeits-Feier
 in das Gasthaus zur „Schwäne“ in Unterhangstett freundlichst einzuladen.
 Michael Kentschler,
 Sohn des Michael Kentschler, Bauer in Unterhangstett.
 Marie Uebinger,
 Tochter des Johannes Uebinger, Bauer in Weinberg.
 Kirchgang 1/12 Uhr in Monakam.

Statt besonderer Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 1. Mai 1919 stattfindenden
Erauung
 freundlichst einzuladen.
 Mathäus Ehnis,
 Sohn des verst. Lorenz Ehnis, Bauers in Sonnenhardt.
 Kathr. Bückle,
 Tochter des Martin Bückle, Hohlhauers in Ligenhardt.
 Kirchgang 12 Uhr in Javelstein.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 1. Mai 1919, stattfindenden
Hochzeits-Feier
 in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Breitenberg freundlichst einzuladen.
 Jakob Greule, Fuhrmann
 Anna Maria Greule,
 Tochter des Friedrich Greule, Gemeinderat in Breitenberg.
 Kirchgang 11 Uhr.

1 Zimmerkinderwagen
 sowie 1 Sportwagen
 ist zu verkaufen.
 Tanneck, Haus 1.

Angelrute
 zu kaufen gesucht.
 Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.
 120 Stück
Bohnenstrecken
 hat zu verkaufen
 E. Böhner, Stammheim.

 **1 Milch-Ruh**
 hat zu verkaufen
 Georg Pfan, Calw.

Sämtliche Haararbeiten
 fertig rasch und billig
 J. Obermatt Friseurmeister
 Calw.
 Einen noch gut erhaltenen
Sommerhut
 hat zu verkaufen.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
 Einen gut erhaltenen
Sig- u. Liegewagen
 (Korbgl.), sowie einen eisen.
Blumentisch zu verkaufen.
 Zwinger 296.
 Eine entbehrlich gewordene
eiserne Grabumfassung
 (ca. 80 cm hoch) zu verkaufen.
 Auskunft auf der Geschäftsstelle des Blattes.